

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst vom 30. November 2020
– Drucksache 16/9407**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Ein neuer EFR für Forschung und Innovation
COM(2020) 628 final (BR 631/20)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 30. November 2020 – Drucksache 16/9407 – Kenntnis zu nehmen.

27. 01. 2021

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Christine Lipp-Wahl

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 16/9407, in seiner 40. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 27. Januar 2021.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE brachte vor, eine Stärkung des Europäischen Forschungsraums sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Hinblick auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit bringe Baden-Württemberg zahlreiche Vorteile. Forschung brauche Vielfalt. Nur so sei eine hohe Qualität möglich. Viele ökonomische, soziale und ökologische Themen sollten entsprechend wissenschaftlich begleitet werden. Die gemeinsame Forschung müsse elementarer Bestandteil einer gesamteuropäischen Zukunftsstrategie sein. Hier könnte Eucor als Beispiel dienen.

Abg. Dr. Alexander Becker CDU schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und ergänzte, es sei im Interesse Baden-Württembergs, den Europäischen Forschungsraum zu stärken. Auch die strategischen Ziele seien insbesondere im Hinblick auf den Wissensaustausch, den Transfer von FuE-Ergebnissen in die Wirtschaft und die Bedeutung von Open Science richtig gesetzt.

Ausgegeben: 29. 01. 2021

1

Aus den Inhalten der Mitteilung ergäben sich keine Verpflichtungen des Landes. Insofern sei das Ganze ohnehin zu begrüßen. Die Wahrung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit werde bei der weiteren Umsetzung der Agenda der Kommission zu beobachten sein. Grundsätzlich unterstütze die CDU-Fraktion aber das Vorhaben.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD legte dar, seines Erachtens werde Forschung und Entwicklung nicht gestärkt, indem die Bürokratie ins Maßlose getrieben werde. Mit dem Vorhaben der EU werde aber ein gigantisches Bürokratiemonster geschaffen. Es gebe Vorschriften über die Mittelhöhe, Vorschriften über die Mittelverwendung – da seien normative Aspekte wie der Green Deal, die Genderforschung und Ähnliches mit eingebaut –, eine Reglementierung des Europäischen Rahmens für Forschungslaufbahnen, eine Charta für Forschende und der Kodex für Forschende sowie einen Kompetenzrahmen für Forschungslaufbahnen. Mehr könne Forschung, die eigentlich frei sein sollte, doch gar nicht eingeschränkt werden.

Das sei Gift für das, was hier eigentlich gewollt sei. Deshalb stehe die AfD-Fraktion dem auch sehr kritisch gegenüber.

Abg. Peter Hofelich SPD meinte, letztlich sollte die Verwendung der Steuergelder der Bürger – hier gehe es um hohe Beträge – auch einer Kontrolle unterliegen. Sonst würde gleich wieder behauptet, es gäbe Länder, die über Bestechung versuchten, an die Gelder zu gelangen. Hier komme eine etwas janusköpfige Haltung, insbesondere der AfD, zum Vorschein. Es sei vollkommen klar, dass es eine Linie brauche, um über die Verwendung der Gelder Nachweis zu führen. Ob das Bürokratie oder einfach Kontrolle sei – es sei die Aufgabe der Politik, hier die richtigen Akzente zu setzen.

Insgesamt seien mit der Festlegung der Horizon-Mittel Grundlagen für mehr Kooperation geschaffen worden. Das stehe auf der Habenseite. In der baden-württembergischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft werde auch heute schon gern international kooperiert. Insofern stelle sich die Frage, ob das Ziel, bis 2030 freiwillig 5 % der nationalen öffentlichen FuE-Fördermittel für gemeinsame Programme und europäische Partnerschaften bereitzustellen, wirklich aussagekräftig sei.

Dass Baden-Württemberg gut sei, sei bekannt. Insgesamt sollte aber die Forschungsk Kooperation, die durch den Austritt Großbritanniens aus der EU eine Delle bekommen habe, auf jeden Fall gestärkt werden. Das sei auch der Tenor, der hier im Land zu vernehmen sei.

Im Übrigen ergreife aus sozialdemokratischer Sicht jemand, der die Forschungs- und Entwicklungskooperation stärken wolle, im Grunde auch für eine europäische Industriepolitik das Wort. Denn es sei klar, dass dann auch die Umsetzungsebene stimmen müsse.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, es sei klar, dass überwacht werden müsse, was seitens der öffentlichen Hand ausgegeben werde. Er erinnere sich an einen Fall, in dem geschaut worden sei, wo Bürokratie abgebaut werden könne. Seinerzeit sei festgestellt worden, dass 90 % auf europäische Auflagen zurückzuführen seien. Im Grunde müsste daher der Normenkontrollrat, wenn solche Vorlagen von der EU kämen, überlegen, was das eigentlich bedeute. Denn in den Wahlkreisen werde häufig über Bürokratie geklagt.

Im Übrigen sei er etwas verwundert gewesen über den Auftrag, die Gleichstellung der Geschlechter in der FuE in der EU zu fördern. Möglicherweise hätte hier präzisiert werden können, an welche Länder da insbesondere gedacht werde.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/9407 Kenntnis zu nehmen.

28. 01. 2021

Lipp-Wahl

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung
und Kunst vom 30. November 2020
– Drucksache 16/9407**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Ein neuer EFR für Forschung und Innovation
COM(2020) 628 final (BR 631/20)**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom
30. November 2020 – Drucksache 16/9407 – Kenntnis zu nehmen.

20. 01. 2021

Der Berichterstatter:

Dr. Bernd Grimmer

Der Vorsitzende:

Andreas Deuschle

Bericht

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst behandelte die Mitteilung
Drucksache 16/9407 in seiner 40. Sitzung am 20. Januar 2021 vorberatend für den
Ausschuss für Europa und Internationales. Die Sitzung fand als gemischte Sitzung
mit Videokonferenz statt.

Ohne Aussprache und ohne Widerspruch kam der Ausschuss zu der Beschluss-
empfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/9407 Kenntnis zu
nehmen.

27. 01. 2021

Dr. Grimmer